

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 6. Oktober d. J. den k. k. ungarischen Statthalterreichsrath Johann v. Szabó zum Obergespanns-Administrator des Szabolcszer Komitates allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. Oktober.

Morgen über's Jahr ist ein halbes Säkulum seit der ewig denkwürdigen Völkerschlacht vorüber, mit welcher das Ende der französischen Herrschaft in Deutschland herbeigeführt wurde. Der Geist, der damals wachgerufen wurde und durch seine Gewalt das Befreiungswerk möglich machte, er ist noch wach, trotz den Einschläferungsversuchen, trotz den Drangsalen, die von der unermüdlichen Reaktion herbeigeführt wurden. Das Bestreben, die Nation zu einigen unter freisinnigen Staatsformen, das Vaterland stark und mächtig nach Außen zu machen, es hat nicht aufgehört, es wird fortdauern, bis das hohe Ziel erreicht ist. Die Saat jener glorreichen Zeit, oft niedergedrückt und niedergetreten, treibt immer neue Sprossen, wird immer wieder grün; die Idee der Einheit und Zusammengehörigkeit erfüllt alle Stämme, sie ist thätig in den Sängern, Turner- und Schützen-Vereinen der Gegenwart, und trotz aller Hindernisse wird das hohe, schöne Ziel erreicht werden.

Aber wann? Diese Frage ist gerade jetzt schwer zu beantworten, da das Bestreben nach Einigung ein lebhafteres als je ist. Obgleich alle Parteien das eine Ziel haben, so sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien über das Wie doch immens groß. Diese Meinungsverschiedenheiten sind aber darum sehr zu beklagen, weil sie nicht darnach angethan sind, die bestehenden Verhältnisse zu ändern und dem Zwecke günstiger zu gestalten. Und das muß doch geschehen. Was die Herren in Weimar und Koburg beschlossen haben, führt eher vom Ziele ab. Die Geschichte der letzten 14 Jahre hat genugam gelehrt, daß man mit jenen Doktrinen, welche die Verfassung von 1849 schufen, nichts erreicht. Man rechnete in der Frankfurter Paulskirche nur mit einem Faktor, und vergaß den andern, die souveränen Regierungen, ihre Rechte und ihre Macht.

Die Delegirtenversammlung, wie sie Oesterreich im Vereine mit den anderen süddeutschen Regierungen vorgeschlagen hat, bietet nun einen Weg, auf welchem vorwärts zu gehen ist. Sie ist zwar nicht genügend und entspricht den Anforderungen nicht; allein sie kann als Vorparlament betrachtet werden, das die Grundsätze aufstellt, nach welchen das Parlament zu berufen ist. Sie kann das Staaten- oder Oberhaus darstellen, neben welchem ein Volkshaus recht gut bestehen kann. Diese Ansicht scheint bei den Besprechungen der Großdeutschen vorwaltend zu sein, und wir begrüßen sie mit Freuden, denn nach so viel Ideal-Politik ist es jedenfalls erfreulich, endlich einmal ein Symptom von Real-Politik zu sehen. Die Großdeutsche Partei gewinnt täglich mehr Anhänger, und fällt sie nicht wieder in Letargie, so wird das Werk der Einigung gefördert werden, trotz allen Intriguen der Kleindeutschen, ja selbst trotz dem offenen Rückschritt im Konstitutionalismus, der eben in Preußen gethan wurde.

Wenn wir über's Jahr die Säcularfeier der Völkerschlacht bei Leipzig begehen, — vielleicht, daß sie zusammenfällt mit einer Verfassungsfeier, an welcher alle Stämme Deutschlands einen gleich freudigen Antheil nehmen.

Das Budget der Stadt Laibach.

Der Vorschlag des Gemeindefinanzhaushaltes für 1863, wie er in der letzten Sitzung des Gemeinderathes nach dem Antrage der Finanzsektion angenommen wurde, ist folgender:

A. Erforderniß.

An l. f. Steuern 655 fl.; Stiftungen 1706 fl.; Lehreinrichtungen 4237 fl.; Beiträge 1516 fl. 17 kr.; Besoldungen 9810 fl.; Löhnungen der Diener 1978 Gulden; für die Markt- und Geldaufsicht 943 fl. 50 kr.; Pensionen und andere Bezüge 5532 fl. 75 kr.; Deputate 231 fl. 25 kr.; Funktionsgebühren 1600 fl.; Remunerationen und Ausbilden 800 fl.; Kanzlei-Erfordernisse 1161 fl.; Diäten und Reisekosten 50 fl.; Sanitätsauslagen 3770 fl.; Spital-Verpflegungskosten 4000 fl.; Sicherheitsauslagen 2159 fl.; Baureparaturen und Konfervation 4300 fl.; Straßenreinigung und Schneeausräumung 2000 fl.; Stadtbefleuchtung 8000 fl.; Gefällsauslagen 532 fl.; Morast 1200 fl.; Anschaffung von Requisiten 50 fl.; Feuerlöschkosten und Requisitionen 50 fl.; Zuhilfenahme 300 fl.; Militär-Bequartierungskosten 4100 fl.

Mithin ist die Hauptsumme des Erfordernisses mit 60,401 fl. 67 kr. beziffert.

B. Bedeckung.

Allfälliger Kassarsch 2000 fl.; Unveränderliche Forderung 8 fl.; Gefälle und Monopole 10,371 fl.; Laudemien und Taxen 600 fl.; Beiträge und Vergütungen 51,091 fl.; Realitäten-Ertragniß 4472 fl. 42 kr.; verkaufte Materialien und Requisitionen 500 fl.; Interessen von Aktiv-Kapitalien 941 fl.; Verschiedene Empfänge 1100 fl.; zu refundierende Empfänge 3000 fl.; Militär-Quartier-Zins- und Möbel-Entschädigung 4100 fl.

Die Summe der Bedeckung beträgt demnach 78,193 fl. 42 kr., mithin bildet sich ein Ueberschuß von 17,791 fl. 75 kr.

Von diesem wurden 15,000 fl. zu Neubauten bewilligt und 2791 fl. 75 kr. für unvorhergesehene Auslagen bestimmt.

Oesterreich.

Wien. Für die Heeres-Ergänzung des Jahres 1861 haben Se. k. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Oktober 1860 bewilligt, daß sowohl Väter oder Großväter der zur Heeres-Ergänzung Verufenen, wenn sie, statt früher 70 Jahre, auch nur 60 Jahre zählen, als auch Brüder, welche jünger als 18 Jahre sind, zu den ganz Erwerbsunfähigen gerechnet werden können; dann daß auch die Besitzer theilbarer Grundwirthschaften, wenn diese zur Erhaltung einer Familie von fünf Personen hinreichen, ohne das Vierfache eines solchen Ertrages zu überschreiten, bei dem Vorhandensein der übrigen gesetzlichen Erfordernisse von der Stellung befreit werden dürfen.

Ferner konnte die Lösung von der Stellung getrennt vorgenommen werden.

An diese das Heeres-Ergänzungsgesetz betreffenden Vereinfachungen und Erleichterungen schlossen sich die von den theilnehmenden Zentralbehörden verfügten erleichternden Aenderungen an einigen Bestimmungen des Amtsunterrichtes zur Durchführung jenes Gesetzes an. Studierende an ausländischen Unterrichtsanstalten konnten, wenn diese für Oesterreich staatsgiltige Zeugnisse ausstellen, den im Inlande Studirenden gleich behandelt werden. Stellungspflichtige, welche nur 56 Wiener Zoll messen, konnten von der Bezirksbehörde als offenkundig untauglich, sonstige Militärpflichtige aber, welche vor den gemischten Befreiungskommissionen ohnehin zu erscheinen haben, wenn diese Kommissionen fanden, daß sie die erforderliche Körpergröße

nicht besitzen oder mit Gebrechen behaftet sind, welche auch der Nichtarzt leicht erkennen kann, durch diese Kommissionen von der Vorurufung vor die Stellungs-Kommission entbunden werden.

Mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Oktober 1862 geruhten Se. k. k. Apostolische Majestät nun allergnädigst zu genehmigen, daß jene Vereinfachungen und Erleichterungen an Bestimmungen des Heeres-Ergänzungsgesetzes auch bei der bevorstehenden Heeres-Ergänzung für das Jahr 1863 in Wirksamkeit verbleiben, und in Folge dessen sind auch die weiter erwähnten Erleichterungen bei Anordnungen des Amts-Unterrichtes zu jenem Gesetze von den Zentralbehörden aufrecht erhalten worden.

Wien, 15. Oktober. Wie man hört, ist die Vereinigung des Adjutanten-Korps mit dem Generalstabe im Prinzip von Sr. Majestät dem Kaiser genehmigt worden. Demgemäß werden bei den Landes-General-Kommanden die erste und dritte Abtheilung, deren Geschäfte früher getrennt geführt wurden, in eine Abtheilung vereint werden und die hiedurch als überzählig ausfallenden Stabs- und Oberoffiziere zu ihren Regimentern einrücken gemacht.

Wien, 15. Oktober. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Finanzausschusses standen die Staatsvorausschläge pro 1863, betreffend a) das Erforderniß über andere, zu keinem der bestehenden Verwaltungszweige gehörige Ausgaben, und b) das Erforderniß der ungarischen, siebenbürgischen und kroatisch-slavonischen Postkanzlei. Als Berichterstatter des ersten Gegenstandes fungirte der Herr Reichsrathsabgeordnete Dr. Lapenna. Die Anträge desselben, das Erforderniß 1. für Befestigung der von anderen Zentralbehörden nicht übernommenen Individuen der Zentralkontrolle des bestandenen k. k. Handelsministeriums mit 43,200 fl.; 2. für Quiescentengehälte und Pensionen mit 669,400 fl., und 3. für verschiedene andere Auslagen mit 673,600 fl. zu bewilligen, wurden genehmigt; bei letzterer Position aber die an Kärnten für abgetretene Gefälle zu leistende Entschädigung mit 25,000 fl. nur vorschussweise. Die Verhandlung über den zweiten Gegenstand, als dessen Referent der Herr Reichsrathsabgeordnete Dr. Ritter v. Wenisch zu fungiren hat, fand nicht Statt. Dieselbe wurde auf morgen vertagt und Se. Exz. der Herr Staatsminister hiezu eingeladen.

Marburg, 14. Oktober. Am verflossenen Sonntage fand hier die Eröffnung der Oremial-Handelschule Statt, welche eine Erweiterung der Privat-Handelschule des Herrn Aufrecht, besonders durch die aufopfernde Mühewaltung der beiden Vorstände des hiesigen Handelsstandes, der Herren Küster und Delago, in's Leben gerufen wurde. Die Eröffnung geschah in Gegenwart mehrerer Herren Handelsleute durch eine gehaltvolle Ansprache des Herrn Küster, in welcher er auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Anstalt hinwies. Der Leiter der Anstalt, Herr Aufrecht, so wie die Herren Krüger, Krenner und der Katechet Herr Fickl ermutigten in kurzen Worten die Zöglinge zur Ausdauer und zum Fleiße. Obwohl nur der erste Jahrgang eröffnet wurde, waren doch schon an 30 Schüler, Lehrlinge hiesiger Handelshäuser, anwesend. (Tagespost.)

Deutschland.

München, 14. Oktober. Der zweite deutsche Handelstag hat heute Vormittag 10 Uhr in dem reich geschmückten großen Saale des k. Odeons seine Sitzungen begonnen. Der k. Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Se. Exz. Freiherr v. Schrenk, begrüßte die Versammlung mit einer Anrede. „Ich heiße Sie“ — sprach er unter Anderm — „meine Herren, auf Auftrag Sr. Majestät des Königs in Baierns Hauptstadt willkommen. Seit Ihrer vor-

jährigen Zusammenkunft haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Es sind hochwichtige, tief in das Leben eingreifende Fragen in den Vordergrund getreten, welche die allgemeinste und lebhafteste Theilnahme erregen, in weiteren Kreisen aber verschieden beurtheilt werden. Darüber herrscht unzweifelhaft in diesem Saale volle Uebereinstimmung, daß Niemand es ernstlich wünschen könne, gefallene Schlagbäume in Mitte Deutschlands wieder aufzurichten zu sehen; es wird vielmehr die Beseitigung der Schranken, welche zur Zeit deutsche Gebiete gegenseitig dem freien Verkehr noch verschließen, mit allem Nachdrucke anzustreben sein.“ Der Vorsitzende des bleibenden Ausschusses, Herr Hansemann, erwiderte die Rede des Herrn Staatsministers mit einem dreifachen Hoch auf Sr. Maj. den König von Baiern, in welches die Versammlung stürmisch einstimmte. Nach Verlesung einiger Einläufe erstattete sodann der General-Sekretär Bericht über die Thätigkeit des bleibenden Ausschusses. Hierauf trat Braun aus Wiesbaden für die durch einen Beschluß des bleibenden Ausschusses präkludierten Abgeordneten, die sich nicht bis 1. September angemeldet hatten, in die Schranken, indem er den Antrag stellte, einen Ausschuß zur Prüfung ihrer Legitimationen zu ernennen und sie, bis dieß Geschäft bereinigt sei, einstweilen an der Diskussion theilnehmen zu lassen, jedoch ihr Votum bei den Abstimmungen bis nach bereinigter Prüfung ihrer Legitimationen zu suspendiren. Der Antrag wurde mit 119 gegen 44 Stimmen angenommen.

Eine außerordentliche Beilage der „Bayerischen Zeitung“ bringt die Anträge der Majorität und Minorität des bleibenden Ausschusses und die beantragten Resolutionen (Hansemann's) auf eine Reorganisation des Zollvereins, mit zwei Anlagen, welche die Ausarbeitung des Projektes enthalten. Der Antrag der Majorität über den preussisch-französischen Handelsvertrag lautet: „Der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich ist im Allgemeinen, vom kommerziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte, höchst wünschenswerth und die dadurch zu erzielende Erweiterung des Absatzfeldes und des erleichterten gegenseitigen Austausches der weiteren Entwicklung der Industrie Deutschlands nützlich. Es ist nothwendig, daß der Art. 31 des Vertrages so gefaßt oder deklarirt werde, daß derselbe kein Hinderniß für den Zollverein ist, mit Oesterreich und anderen zum deutschen Bunde gehörigen Staaten in ein engeres Verkehrsverhältniß zu treten. Der deutsche Handelstag kann sich nicht verhehlen, daß mehrere Bestimmungen des französischen Handelsvertrages gerechte Bedenken gegen die Interessen des Zollvereins erwecken, insbesondere Art. 8, 15, 16, 17 und 25. Der deutsche Handelstag spricht aus, daß die Tarife A und B manche Positionen enthalten, welche dem In-

teresse des Zollvereins schädlich sind.“ (Die Ausstellungen an den Tarifen sowohl als an den genannten Paragraphen sind näher spezifizirt). — Die Minorität schlägt vor, der Handelstag solle erklären: „Es ist höchst wünschenswerth, die angebotenen Nachtheile (Verhältniß zu Oesterreich und Erhöhung von Einfuhrzöllen nach Frankreich) durch Verhandlungen der vertragschließenden Regierungen zu beseitigen, das schnelle Zustandekommen des Handelsvertrages aber darf nicht in Frage gestellt werden.“

Die Wahl des Präsidiums nahm nicht ganz den Verlauf, welcher zu Folge den getroffenen Vereinbarungen anzunehmen war. Als erster Stellvertreter ward Herr von Heule von hier gewählt, aber als zweiter nicht Wertheim, sondern Mayer aus Bremen. Nach diesen Wahlen folgte die Verlesung der drei Referate über den Handelsvertrag, die Zolleinigung mit Oesterreich, die Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins. Der erste Referent Buscher aus Nürnberg gab eine wahrhaft vernichtende Kritik des Vertrages, zeigte den Mangel an aller Parität in den Tarifpositionen u. s. w., gleichwohl verteidigte er den Ausschubsantrag bezüglich der Umarbeitung des modifizirten Vertrages, übrigens unter der Bedingung vorgängiger oder doch gleichzeitiger Verhandlung mit Oesterreich auf Grund der Propositionen vom 10. Juli; der zweite Referent Hursig aus Hannover sprach für die Zolleinigung mit Wärme, aber — unter der Bedingung, daß die beiden Zollgebiete ihre bisherige Selbstständigkeit behalten sollten; der dritte Referent endlich war Sybel aus Düsseldorf. Es genügt den Namen zu nennen. Der Vertrag hätte vom Bruder gehalten werden dürfen, so durch und durch getragen war er von groß-preussischen Anschauungen. Er sprach es geradezu aus, es handle sich um keine handelspolitische Frage, sondern um eine Frage der Machtstellung.

— Aus **Frankfurt** wird geschrieben: „Die kleine Versammlung aller Parlamentsmitglieder, welche dieser Tage in unserer Stadt stattfand, hat sich einstimmig für die Delegirtenversammlung ausgesprochen. Ohne Ausnahme ward anerkannt: „daß man das Gute nicht zurückweisen dürfe, weil vor der Hand das Bessere sich als praktisch unerreichbar darstelle, und daß speziell der Gedanke, in einer Delegirtenversammlung den Keim zu einer wahrhaften und vollständigen Vertretung am Bunde zu legen, ein so fruchtbringender und treibender genannt werden müsse, daß man mit dessen Ablehnung sich einer schweren Verantwortlichkeit schuldig machen werde. Aber vor allen Dingen wurde die Debatte von dem einmüthigen Bewußtsein getragen, daß es keine Rekonstituierung Deutschlands geben dürfe und könne ohne die Theiligung Deutsch-Oesterreichs, und daß dieses Deutsch-Oesterreich jedes Opfer, nur nicht das Opfer der Ein-

heit des Reichs, zu bringen bereit sei, um die uralte Zusammengehörigkeit mit Deutschland aufs Neue zu befestigen.“ Die alten Parlamentsmitglieder sind seit 1848 praktisch geworden und ihre Ansicht fällt um so mehr in's Gewicht, als Männer wie Löwe, Jakoby, Titus, Mohr u. A. Niemand der Laune oder Gleichgültigkeit für den Fortschritt und die Einigung des deutschen Volkes beschuldigen und dadurch den Werth ihres Urtheiles abmühen kann.

Aus dem Fürstenthum Liechtenstein. Das interessante Ländchen hat am 9. November 1818 seine erste Landesverfassung erhalten, welche bis in die neueste Zeit ungetrübt fortbestand; jetzt haben Fürst und Stände eine umfassende Verfassungs-Revision vereinbart, und wurde das neue, von der Landschaft entworfene Statut am 26. September vom regierenden Fürsten Johann sanktionirt.

Das betreffende Dekret des Fürsten sagt unter Anderem: „Die zwischen Uns und den Ständen erzielte Vereinbarung setzt Uns nunmehr in die Lage, den Anforderungen der Jetztzeit im Einklange mit der Bundesakte Rechnung tragen zu können, und auf verfassungsmäßigem Wege der künftigen Landesvertretung eine größere Einflußnahme auf die Gesetzgebung und auf die innere Verwaltung des Fürstenthums zuzuerkennen. Aber auch rücksichtlich der von der Bevölkerung angestrebten Organisation der Staatsbehörden wurde es Uns möglich, den Anträgen Unserer Landstände durch die Verlegung des Amtssitzes der obersten Verwaltungsbehörde innerhalb des Fürstenthums und durch Trennung der Domänen-Verwaltung von der politischen Administration zu willfahren.“

Mit den beiden letzteren Punkten sind die wichtigsten der alten Beschwerden erledigt; ein weiteres Dekret des Fürsten setzt die nothwendig gewordene Reorganisation der Behörden fest, und ein drittes schreibt den Landtag auf den nächsten Monat aus und ordnet sofortige Vornahme der Wahlen an. Das Wahlgesetz ist liberal, der Vorsitzende des Landtages wird von den Vertretern gewählt; der Landtag hat das Recht der Initiative durch Prüfung des Budgets und der Steuerbewilligung.

Italienische Staaten.

Aus **Barignano** meldet man, Garibaldi habe eine englische Deputation empfangen, die ihm fünf Adressen überreichte. Er sagte zum Präsidenten der Deputation, daß er keinen seiner Gedanken und Pläne aufgegeben habe, und mehr denn je auf das englische Volk zähle. Er habe nicht erwartet, behandelt zu werden, wie dieß bei Aspromonte der Fall war, und bereite ein Manifest an Europa vor, welches wichtige Enthüllungen sammt den Belegen enthalten werde. Nach seiner Genesung werde er nach Mailand und dann auf einen Monat nach London kommen.

Fenilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Mariengarn — Der Altwewebersommer — Weiße Sklaven — Briefkasten — Ruhebänke — Hunde — Ein Theaterknecht — Feenhände — Cato von Eisen — Indulgencia para todos.)

Wissen Sie, was „Mariengarn“ ist? Mariengarn nennt man in vielen Gegenden Deutschlands jene feinen, spinnwebartigen Fäden, welche an schönen Herbsttagen in der Luft schweben, um Baumzweige flattern und sich dem Spaziergänger an die Hüfte und Nase hängen. Tempelstempel hat eine Gedächtnissammlung so genannt, in welcher er seine erste Liebe verherlicht. Und sind die feinen Gespinne, wenn sie so im Herbstsonnenschein durch die laurine Luft schweben, nicht vergleichbar der Erinnerung an eine schönere Zeit? Ja, Mariengarn ist eine sehr poetische Bezeichnung. Auch „fliegender Sommer“ werden die Fäden genannt, womit gesagt werden soll, daß der Sommer nun davonschneit. Aber das Volk gebraucht lieber die trivialere Benennung „Altwewebersommer“ und macht damit einen billigen Witz — auf die Vergänglichkeit der Jugend. Daß man hierzu besonders das schöne Geschlecht benützt, hat scheinbar etwas Verlezendes, die Vergänglichkeit der Jugend ist bei ihm am Auffallendsten; aber daß man gealterte Frauen mit jenen schönen Herbsttagen vergleicht, an welchem die lustigen Fäden sich zeigen, ist ein Kompliment, ist ein Zeichen der Galanterie, die auch gegen ehemalige Schönheiten nicht außer Acht gelassen werden darf. Wir haben heuer einen reizenden Altwewebersommer, und die feinen fliegenden Fäden, die sich soeben zeigen, brachten uns zu obiger Reflexion, für welche uns die schönen Leserinnen entschuldigen mögen. Man kann sich derlei in uns aufsteigenden Gedanken zuweilen nicht entschlagen, sie bannen uns, wir müssen ihnen nachhängen, und

thun es gerne, wenn sie wie Fäden der süßen Erinnerung uns umflattern; wir sind ihre Sklaven.

Wir sind bei allen Freiheitsbestrebungen Sklaven in vieler Beziehung. Einmal sind wir Sklaven der herrschenden Zeitströmung; wir werden gegen unsern Willen fortgerissen, wir müssen oft unsere Ueberzeugung opfern, um nur nicht gegen die Ansprüche der Zeit zu verstoßen, wir müssen selbst den Narheiten huldigen, welche die Mode und der waltende Geschmack mit sich bringen. Dann sind wir Sklaven der Zeit an und für sich, und müssen nach der Stunde leben. Am meisten sind wir Sklaven des Geldes, des goldenen Kalbes; selbst wenn man nicht geneigt ist um dasselbe zu tanzen, so muß man ihm doch seine Reverenz machen, wenn man existiren will. Die Gewohnheit macht uns zu Sklaven, und die Unvollkommenheit mancher Zustände zwingt uns Unannehmlichkeiten zu ertragen, die wir abschütteln würden, läge es in unserer Macht. So klagen die Bewohner der Polana-Vorstadt, daß in ihrem Bereiche kein Briefkasten ist, und sie stets einen sehr weiten Weg bis zum nächsten machen müssen — eine Unvollkommenheit, deren Sklaven sie so lange sind, bis die Post einen solchen Kasten errichtet. Auch die Nachlässigkeit Anderer fügt uns Unangenehmes zu. So ist es für Spaziergänger sehr unangenehm, daß an der Bahnhofsstraße von den Ruhebänken nur die Füße derselben als Ruinen vorhanden sind, und die Sitze fehlen; man muß gehen oder stehen, so sehr man auch sitzend zu ruhen verlangt. Außerdem treten noch Perioden ein, wo der Mensch zum Sklaven der Thiere gemacht wird. Wie viele Leute gibt es nicht hier, welche jetzt Sklaven ihres Hundes sind! Sie müssen ihn an der Leine führen, sie müssen dabei allen Tönen der Köder gehorchen, sie müssen an jedem Baum, an jedem Gassenstein stehen bleiben, weil der Dago, oder der Caro, oder der Pluto — es haben will, gar nicht zu gedenken der vielen Beschränkungen, zu welchen der Besitz eines Hundes auch in leinloser Zeit verurtheilt.

Daß es auch Sklaven des Theaters gibt, dürfte Vielen unbekannt sein. Was ist aber der Referent

andere, der in jede Vorstellung gehen muß, will er sich von den Bühnenvorcommnissen in Kenntniß erhalten? Man sollte meinen, das Neue, was da geboten wird, sei genügend Ersatz für die kleine Sklaverei; allein selten ist das Neue auch gut, wie sich bis jetzt gezeigt hat. Nur zwei Novitäten — Novitäten für uns nämlich — gefielen so, daß man die nachschleppende Kette vergaß; das waren die „Feenhände“ und „Cato von Eisen“. Ersteres ward am Dienstag als Reprise gegeben und versammelte ein sehr gewähltes Publikum in den Räumen der Kunst. Die Aufführung war in mancher Beziehung schwächer als die erstmalige, namentlich gefiel uns Herr Högl er darum weniger, weil er den Stotterer zu sehr hervorhob. Gerade das Maßhalten beim ersten Male verschaffte ihm den gebahnten Erfolg. Fräulein Wessely hatte sich unseren Wink bezüglich der Toilette nicht zu Herzen genommen, sie erschien wieder als vollständiger Gegensatz zu ihrer Rolle. Nur Fräulein Stengl, als Inhaberin der sogenannten Feenhände, war wieder recht gut, obgleich uns ihre Art, sich zu schminken, total mißfällt. Diese Kunst, deren Geheimnisse so manche alternde Jungfrau im hohen Maße besitzt, hat sich die junge Theaterspielerin noch nicht eigen gemacht, was wir in einer gewissen Beziehung begreiflich finden; daß sie aber dieselbe lernen muß, noch bevor es gilt, Falten zu verbergen, halten wir für nothwendig im Interesse des guten Geschmacks. In dieser Hinsicht haben wir keine Nachsicht, sind wir ganz „Cato von Eisen.“

Das Laub'sche Lustspiel dieses Namens, das letzten Donnerstag in Szene ging, hat seinen Ursprung in unserer Stadt. Es ist noch nicht so lange her, daß ein Mann seinem Leben gewaltsam ein Ende machte, der in Bezug auf Geist und Wissen ein hochbegabter gewesen sein soll, der für Kunst und Literatur ein empfängliches Gemüth bewies und auch selbst produzierte. Derselbe besaß gründliche Kenntnisse der romanischen Sprachen, so auch des Spanischen, und übersetzte ein Lustspiel von Goroitzia, betitelt: Indulgencia para todos (Nachsicht für Alle). Diese Uebersetzung soll dem Direktor Laube den Impuls zu

Tagesbericht.

Laibach, 18. Oktober.

Se. kaiserl. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ludwig ist gestern mit dem Mittagstrain von Wien hier angekommen, hat das Diner eingenommen und dann mit demselben Train die Reise nach Venedig fortgesetzt.

Morgen werden Ihre kaiserliche Hoheiten die Herren Erzherzoge Franz Karl und Ludwig Viktor, sowie die Erzherzogin Sophie hier eintreffen und in den Gasthöfen „zur Stadt Wien“ und „zum Elefanten“ übernachten. Im Gefolge werden sich befinden: Obersthofmeister Graf Szecsen, die Hofdamen Gräfin Paar und Gräfin Zarowiska, Generalmajor Baron Reischach, Hauptmann Baron Wimpffen und Regierungsrath Columbus.

Morgen Vormittags halb 12 Uhr findet im Redoutensaal die Generalversammlung der Mitglieder der philharmonischen Gesellschaft statt, in welcher die Direktionswahl nach den neuen Statuten vorgenommen werden soll.

Die steirischen Volkskänger, Familie Remmle, sind auf der Rückreise wieder hier eingetroffen, und werden heute im Casino, Morgen im „Elefanten“ sich produzieren.

Wien, 17. Oktober.

Unter den im Staatsministerium vorbereiteten Gesetzentwürfen befindet sich auch die neue Rigorosen-Ordnung, welche an Stelle des seit mehreren Jahren bestehenden Provisoriums treten wird. Die Rigorosen würden darnach in der Folge öffentlich stattfinden.

In der Expedition und Druckerei der politischen Wochenschrift „Ost und West“ erschien gestern Nachm. ein k. k. Polizei-Kommissär, der im Auftrage des k. k. Landesgerichtes die daselbst vorhandenen Exemplare der Nummern 22 und 24 mit Beschlagnahme und in amtliche Verwahrung nahm.

Nachtrag.

Wien, 16. Oktober. Anlässlich der Verathung über die Budgets der drei Hofkanzleien für das Verwaltungsjahr 1863 kam in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Stand der ungarischen und siebenbürgischen Frage zur Sprache. Staatsminister v. Schmerling war in Folge der von Seite des Ausschusses an ihn ergangenen Einladung in der Sitzung erschienen, und gab, ehe der Ausschuss in die eigentliche Verathung einging, eine Erklärung ab, im Wesentlichen folgenden Inhalts: Das Ministerium befindet sich, was die ungarischen Angelegenheiten betreffe, in der vollkommensten Uebereinstimmung; das ganze Ministerium (das Wort „ganze“ wurde mit besonderem Nachdruck betont) stehe auf dem Boden der Verfassung vom 26. Februar; alle anderen Versionen, die in der letzten Zeit auf's Tapet gebracht worden seien, gehören in das Gebiet der Konjekturen.

dem „Cato von Eisen“ gegeben haben. Wie dem auch sei, das Stück dieses Namens ist ein Charakterstück voll Feinheit und reicher Wirkung, nota bene, wenn es gut gegeben wird und der Darsteller des „Cato“ ein psychologisch wahres Bild liefert. Herr Knorr, welcher mit dieser Aufgabe betraut war, hat sie nur theilweise gelöst. Er hat allerdings einen konsequent durchgeführten Charakter gespielt, und diese Konsequenz gefiel uns, obgleich die Auffassung den Intentionen des Dichters nicht ganz entsprach. Aber es schien uns etwas Lebenswahreres darin zu liegen, so tritt auch Manches, so karriert auch das Aeußere war. Gewöhnlich spielen die Schauspieler diesen Charakter nach dem Vorbild im Burgtheater; Herr Knorr hat ihn offenbar ganz abweichend davon gegeben, eine Originalität, die wir anerkennen, wenn wir auch zugeben, daß die Auffassung dort eine bessere ist. Sollte das Stück noch einmal gegeben werden, so wäre es sehr interessant, wenn Herr Knorr sich dazu bequeme, den Charakter auch einmal in der vom Dichter angegebenen Weise zu spielen.

Indulgencia para todos — ein schöner Grundsatz! Ja, und Gelegenheit ihn zu üben, gibt es ja zu jeder Stunde. So müssen die Damen Laibach's auch Nachsicht haben mit einem Herrn, der dieser Tage von seinem hohen Vorgesetzten befragt, welche Damen ihn besser gefallen die von Laibach, oder die von Trient, sich für die Letzteren entschied. Indulgencia — meine Damen! Der hohe Vorgesetzte warnte den eingefleischten Trientiner, diese seine Ansicht nicht so offen zu bekennen. „Sie werden sich Alle zu Feindinnen machen“, sagte er. Es hätte diese Warnung nicht nöthig gehabt. Wer so den Ruf der Schönheit und Unwiderstehlichkeit besitzt, wie unsere Damen, der läßt Indulgencia, und zwar para todos, welche sich ähnlicher befangener Ansichten schuldig machen.

Politik und entbehren jeder realen Grundlage.

Unterhandlungen mit einer oder der anderen politischen Partei in Ungarn hätten keine stattgefunden, und was etwa in dieser Beziehung zur Veröffentlichung gelangt sei, sei einfach auf das Faktum zurückzuführen, daß Personen höheren und niederen Ranges, bisher jedoch erfolglos, einen Einfluß auf den ferneren Gang und die weitere Entwicklung der in Rede stehenden Frage zu erringen suchten. Was die siebenbürgische Frage angehe, so sei der Minister in der Lage, die beruhigendsten Versicherungen geben zu können; die Persönlichkeit des siebenbürgischen Hofkanzlers sei eine Bürgschaft dafür, daß die Lösung dieser Frage bald und in erwünschter Weise erfolgen werde, und er hoffe, die nächste Reichsraths-Session werde nicht eröffnet werden ohne vorhergegangene Einberufung des siebenbürgischen Landtages.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

München, 16. Oktober. (Sitzung des Handelsstages.) Gegen die Ausschluß-Anträge sprechen: Kreuzberg, Kertorf, Szabel und Angermüller; für das Minoritätsvotum: Braun, Behrend und Sybel; für das Majoritätsvotum: Hansemann.

München, 16. Oktober. Die eben beendigte heutige Sitzung war eine sehr bewegte, die geführte Debatte ein heftiger Wortkampf. Am Schlusse derselben ergriff Herr Hansemann das Wort, um seinen Standpunkt darzulegen. Nach seiner Ansicht hänge Preußens Ehre nicht davon ab, ob der französisch-preussische Handelsvertrag angenommen werde, denn er existire nur als ein Vertrag mit dem Zollverein. Hingegen hingen Heil und Ehre von der Verständigung mit Oesterreich ab. Führe der bisher eingeschlagene Weg nicht zum Ziele, so müsse eben ein anderer eingeschlagen werden, der zum Ziele führe. Er sei leicht zu finden. Die österreichischen Anträge seien unendlich wichtig. Der Rede Hansemann's folgte unermesslicher Applaus.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

Protokoll der 16. Versammlung,

welche am 10. Oktober 1862, von 6—8 Uhr Abends im Gesellschaftslokale abgehalten wurde.

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. Schöppl.
Schriftführer: zweiter Sekretär Kaprek.
10 Mitglieder.

1. Das Protokoll der XV. Versammlung wird verlesen und unbeanstandet angenommen.

2. Ueber Vorschlag des Mitgliedes Herrn Dr. Uranitsch wird zum Mitgliede einstimmig gewählt: Herr Eduard Den, Advokatur-Konzipient in Laibach.

3. Sohin trägt der erste Sekretär Herr Doktor Ethbin Costa sein Referat über die von dem k. k. Professor der Rechte an der Wiener Hochschule Dr. Josef Unger gestellten Anträge, „Modifikationen des Verlagsabhandlungswezens betreffend“, vor.

Herr Referent erklärt zum Schlusse, daß er, als ein Feind jeder Halbheit, aus den entwickelten Gründen für die sofortige unbedingte Aufhebung der Verlassenschaftsabhandlung, nicht aber für eine bloße Umgestaltung derselben stimme, wie eine solche zur Abmilderung des Ueberganges vom Professor Unger schließlich vorgeschlagen wird.

Das Referat wird dem Protokolle beigelegt und dessen Drucklegung in den gesellschaftlichen Mittheilungen beschlossen.

Nachdem die Debatte über den Gegenstand eröffnet wurde, meint Herr Dr. Uranitsch, daß es bei dem großen Umfange des Gegenstandes wohl nicht leicht möglich sei, ohne vorläufige Vorbereitung in eine ersprießliche Debatte einzugehen, weshalb er

zur Ermöglichung einer solchen die Wahl eines Comité's vorschlägt.

Der zweite Sekretär Kaprek spricht sich gegen die beantragte Wahl eines Comité's aus, weil ein solcher Vorgang sich nicht immer als zweckmäßig darstellt habe; wogegen der erste Sekretär Herr Dr. Ethbin Costa bemerkt, daß bisher alle gewählten Comité's der ihnen gestellten Aufgabe vollkommen entsprochen haben.

Vor der hierüber erfolgten Abstimmung wird jedoch der Antrag auf Wahl eines Comité's vom Herrn Dr. Uranitsch zurückgezogen.

Herr Staatsanwalt Apanik meint, daß in dem Falle, wo Pflegebedürftige beim Verlasse interveniren, dieselbe einen gerichtlichen Schutz wohl nicht entbehren können. Diese Fälle bilden jedoch die Mehrzahl. Dagegen sind die Fälle, wo nach dem Antrage gar kein gerichtliches Verfahren stattfinden soll, so unbedeutend, daß sie kaum 10 Prozent der vor kommenden Verlassenschaftsabhandlungen ausmachen. Er sei auch der Ansicht, daß dort, wo nur Großjährige bei einem Verlasse konkurriren, eine gerichtliche Abhandlung außer auf Verlangen der Parteien gar nicht stattfinden solle. Dadurch aber wäre der gerichtlichen Thätigkeit keine wesentliche Erleichterung geboten, und deshalb eher nur die möglichste Vereinfachung des dermaligen Verfahrens, vorzugsweise eine Abänderung der lästigen fiskalischen Vorschriften zu wünschen.

Der zweite Sekretär Kaprek glaubt, daß die von dem Herrn Dr. Ethbin Costa befürwortete sogleiche unbedingte Aufhebung der Verlassenschaftsabhandlung, für welche auch er sich aus den überzeugenden Gründen des Professor Unger im Prinzipie ausspricht, bei uns aus dem Grunde bedenklich sein dürfte, weil insbesondere die Bewohner des flachen Landes, nun an die bestehende behördliche Bevormundung gewöhnt, bei einer plötzlichen vollständigen Aufhebung derselben den richterlichen Schutz nur schwer entbehren würden. Er wäre daher, wie auch vom Professor Unger selbst beantragt, nur für eine allmähliche, die gänzliche Aufhebung vorbereitende Umgestaltung der bestehenden Verlassenschaftsabhandlung.

Dagegen weist Hr. Dr. Costa auf andere Länder, insbesondere auf Frankreich hin, wo das Volk gewiß nicht mündiger als bei uns sei. Auch Herr Apanik bemerkt, daß bei uns großjährige Erben die gerichtliche Abhandlung nicht als einen Schutz ihrer Rechte, sondern nur als eine fiskalische Maßregel zur Bemessung und Einhebung der Gebühren ansehen.

Herr Oberamtsdirektor Dr. H. Costa meint, daß bei einer gänzlichen Aufhebung der Verlassenschafts-Abhandlung die Bemessung und Einbringung der Erbschaftsgebühren Gefahren und willkürlichen Darlegungen der Parteien ausgesetzt wäre, weshalb, um dem vorzubeugen, Vorsichtsmaßregeln getroffen werden müßten, welche die gerichtliche Erhebung des Nachlasses kaum ausschließen dürften.

Herr Dr. Schöppl zieht das gegenwärtige schwerfällige Verfahren bei Verlassenschaftsabhandlungen für eine Folge des bei uns bestandenen Feudalwesens an. Nach seiner Ueberzeugung könnte man die gegenwärtige Verlassenschaftsabhandlung nach dem begründeten Prinzipie aufheben, ohne daß deshalb am Lande Unzufriedenheiten zu besorgen wären.

Nachdem hierauf mehrseitig der Wunsch auf bessere Vorbereitung zur weiteren Debatte ausgedrückt wurde, und auch Herr Dr. Uranitsch eine begründete Erwiderung des Referates in Aussicht stellte, wird die Fortsetzung der Debatte vertagt.

Da kein weiterer Gegenstand an der Tagesordnung steht, wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden für geschlossen erklärt.

Theater.

Heute: Die Waise aus Lowood, Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Morgen: Die Glücksritter von Paris, Volkschauspiel in 5 Akten, von Carl.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
14. Oktober	6 Uhr Morg.	327.64	+11.4 Gr.	—	bedeckt	0.0
	2 „ Nachm.	327.57	+14.7 „	NO. schwach	ditto theilw.	
	10 „ Abd.	328.51	+13.0 „	—	sternhell	
15. „	6 Uhr Morg.	328.59	+9.8 Gr.	—	Nebel	0.00
	2 „ Nachm.	327.48	+14.6 „	—	Sonnenschein	
	10 „ Abd.	328.10	+12.9 „	—	sternhell	

